



Wohnen – Grundrecht oder Luxus?

Es vergeht mittlerweile kaum ein Tag, an dem das Thema Wohnen nicht Aufhänger eines Presseberichtes ist. Verbände und Politik warnen vor steigenden Mieten und drohender Wohnungsnot. Wohnen wird in immer größerem Maße zur Ware, der Immobilienmarkt zur renditeträchtigen Kapitalanlage.

Auch in Leipzig sind Veränderungen auf dem bis vor kurzem als sehr entspannt bezeichneten Wohnungsmarkt zu verzeichnen. Zuzug, tendenziell steigende Mieten, sinkender Leerstand und sich wandelnde Quartiere verlangen nach neuen Konzepten, um soziale Segregation zu verhindern. Die Wahl von Wohnorten schränkt sich vor allem für Menschen ohne großen Geldbeutel sukzessive ein, schon jetzt geben prekär lebende Menschen, wie Alleinerziehende, über 30 % ihres Einkommens für Miete aus. Die wachsende soziale Ungleichheit z. B. durch Einkommensarmut verschärft die Situation in der sächsischen Metropole.

Das am 1.5.2013 in Kraft getretene Mietrechtsänderungsgesetz verschlechtert die Situation von MieterInnen und trägt nicht viel dazu bei, bundesweit steigende Mieten zu begrenzen. Unter dem Motto „Wohnen – Luxus oder Grundrecht“ lud die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag darum am 18.6. ins Westwerk in Leipzig zur Diskussion. Zu Gast auf dem Podium waren die Leipziger Bundestagsabgeordnete Dr. Barbara Höll, Anke Matejka -Vorsitzende des Mieterbundes Sachsen und des Mietervereins Leipzig, Ronald Linke - Vizepräsident Haus & Grund Sachsen e. V. und Bernhard Hummel - Architekt und engagiert in der bundesweit aktiven kooperative und nicht-kommerziell organisierten Beteiligungsgesellschaft Mietshäuser Syndikat.

Anke Matejka kritisierte unisono mit Barbara Höll das Gesetz zur Mietrechtsänderung. Hauptkritikpunkte sind die Einschränkung der Mietminderungsmöglichkeit bei energetischen Modernisierungsmaßnahmen in den ersten drei Monaten, die Einführung eines neuen Kündigungstatbestandes, wenn der/die MieterIn die Kautions nicht zahlt, oder Regelungen, die eine Wohnungsäumung per einstweiliger Verfügung ermöglichen.

Genau diese Änderungen gelten für Haus und Grund e. V., der kleine Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer vertritt, als Verbesserungen. Bernhard Hummel vom Mietshäuser Syndikat kritisierte, dass energetische Sanierungen meist zulasten der MieterInnen gehen und so eine Instrument zur Mieterhöhung durch die Hintertür wären. Die VermieterInnen können die Kosten der energetischen Sanierung zu 11 % auf die MieterInnen umlegen, was für diese eine reale Nettomietsteigerung von mehr als 50 % bedeuten, während sie selbst ihre Einnahmen durch die Aufnahme von kostengünstigen Krediten für diese Sanierungen erhöhen können. DIE LINKE fordert die Senkung der MieterInnen-Umlage bei energetischen Sanierungen auf 5 % sowie die Rücknahme des Aufschlages auf die Miete nach Abschreibefrist, was bisher nicht der Fall ist.

Als eines der wenigen Instrumente im Sinne der MieterInnen sieht das neue Mietrechtsände-

rungsgesetz die Möglichkeit der Einführung einer speziellen Kappungsgrenze (Mieterhöhungen nur bis 15 % statt wie bisher 20 % in drei Jahren) für Bestandsmieten in ausgewiesenen Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf vor. Auch wenn die sächsische Staatsregierung für die Einführung dieser Regelung keine Notwendigkeit sieht, hat die Leipziger Stadtratsfraktion der LINKEN den Oberbürgermeister jüngst mit einem Antrag aufgefordert, sich für die Einführung dieses Instrumentes in Leipzig einzusetzen. Als dringlich sah das Gros der Podiumsteilnehmenden die Mietpreisbremse bei Neuvermietungen an, die im Gesetz gänzlich fehlt. Auch in Leipzig schießen Mieten im Neubau punktuell rasant in die Höhe. Die Podiumsteilnehmenden unterstrichen zudem, dass auch in Sachsen Mittel für soziale Wohnraumförderung in den Großstädten eingesetzt werden müssen. Nicht nur, dass diese bis dato fehlen, wurden aufgrund des Auslaufens der Mietpreisbindung in den letzten zehn Jahren zwei von drei bestehenden Sozialwohnungen vom Markt gefegt. DIE LINKE fordert die Entfristung der Mietpreisbindung für Sozialwohnungen, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Jenseits solcher Instrumente stand in der Veranstaltung das Modell gemeinwohlorientierter und selbst organisierter Wohnmöglichkeiten als grundsätzliche Alternative zum privatwirtschaftlich organisierten Immobilienmarkt im Fokus. Bernhard Hummel stellte das Mietshäuser Syndikat vor, zu dem derzeit 74 Projekte und 21 Projektinitiativen bundesweit, davon acht in Leipzig gehören. Das Syndikat zielt darauf, Immobilien dauerhaft dem Markt zu entziehen und in kollektivem Besitz zu halten. Mietüberschüsse aus bereits bestehenden Häusern werden in einen Solidarfonds gezahlt und dienen als Anschubfinanzierung für neue Projekte, die vom Syndikat beraten und unterstützt werden. Wohnen soll aus Sicht der LINKEN ein Grundrecht sein. Menschen mit ihrem Bedürfnis nach sicherem, bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnen dürfen nicht mehr nur als MarktteilnehmerInnen definiert werden. Ausgangspunkt politischen Handelns muss der Mensch mit seinen Grundbedürfnissen sein und Politik und wirtschaftliches Handeln darauf verpflichtet werden - und nicht anders herum. Anträge der PDS bzw. LINKEN, das Grundrecht als Verfassungsziel zu verankern, wurden allerdings 1993 und auch in der laufenden Legislatur von einer Mehrheit des Deutschen Bundestages abgelehnt. Es bleibt also viel zu tun für eine Linke, ob mit oder ohne Parteibuch, damit Veränderungen in der Wohnungspolitik keine leeren Wahlkampfparolen bleiben.

Jule Nagel

Bürgersprechstunde in Grünau

mit Dr. Ilse Lauter

18. Juli 2013 16:00 bis 17:30 Uhr

KOMM-Haus
Selliner Straße 17
04207 Leipzig

Sind 5000 Zeichen genug?

Innerhalb dieser Vorgabe versuche ich, meine Gedanken zusammen zu fassen, um die hiesigen Vorgaben nicht zu sprengen. Schwer genug.

Welches Bild zeichnet DIE LINKE kurz vor der Bundestagswahl im Allgemeinen und deren Leipziger Part im Besonderen auf ein wohlmeinendes Parteimitglied, mit berufsbedingtem „Ohr an der Masse“?

Letzen Entschluss zum Schreiben dieser Zeilen gab die aktuelle MiB-Ausgabe. In letzter Zeit gewinne ich dort den stärker werdenden Eindruck, wonach der Meinungskanon einseitiger, von kleinen Interessengruppen bestimmt wird.

Charakteristisch erscheint mir die Fotostrecke im Mittelteil zur AG LISA, welche in bester Bild-Manier unter dem Vorwand der Parodie, doch mehr von sich preisgibt, als wohl beabsichtigt. Eben diese klischeehafte Zurschaustellung selbiger Klischees erreicht bei mir nicht zwingend Zustimmung zum Ganzen...

Hier findet man einen, in meinen Augen, weiteren Punkt für die nicht gerade sprunghafte Zustimmung innerhalb und außerhalb unserer Partei: diese „Blockmentalität“, in zumindest einigen der vielen AG`s. Da die meisten davon ihre jeweiligen Positionen oftmals als der Weisheit letzten Schluss ansehen und dabei nur im Notfall von diesen Positionen wenige Jotae abweichen, wird das eigentliche Wesen unserer Partei völlig am Rande „mitbehandelt“, die sich nämlich das Handeln zum Wohle aller arbeitnehmenden Menschen und anderer Gleichgesinnten verschrieben hat und nicht nur einigen Teilen, denen man ggf. selbst angehört.

Doch wer am lautesten schreit, bestimmt eben zu oft die Diskussion, was leider ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt und daher auch in unseren Reihen zu finden ist. Diese vielen richtigen Inhalte darunter gehörten gebündelt unter dem großen Dach und nicht einzeln dominierend in den Fokus. Viel hilft eben doch nicht viel, bei aller wohlmeinenden Betrachtung.

Denn je mehr wir von den breiten, wirklich die Bevölkerung betreffenden Themen, Schwierigkeiten und Nöten abweichen und oftmals nur einzelne (Gruppen-)Ziele thematisieren, je mehr wir Bodenhaftung oder Volksnähe einbüßen, umso weiter entfernen wir uns von prozentualen Zuwächsen bei Wahlen. Denn nur wenn wir Zustimmung, also Prozente bei Wahlen gewinnen, haben wir die Möglichkeit, unsere Ideale umsetzen zu können. Lassen wir diese simple Tatsache außer Acht, sind wir nicht mehr als eine politisch interessierte, sektiererische Selbsthilfegruppe, die in ihrem eigenen Saft debattiert, sich darin gefällt, selbstschulterklopfend den Salonrevoluzzer zu mimen.

Es bringt uns also nichts in der Wählergunst, senden wir in elfenbeintürmlicher Oberlehrerhaftigkeit Themen unter dem Motto: „Wir Linken sind ja die Guten per se“ in den Äther. Unter diesem Duktus wird innerparteilich dann ja auch die (frohe?!) Botschaft unter lautem Getöse verbreitet, getreu dem Motto: wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Von der stets (selbst-)eingeforderten Pluralität, bunten Vielfalt der Meinungen und des Miteinanders will man dann nichts mehr wissen. Zumindest ist mir das oft so aufgefallen. Da spricht eine Frau (sic!) doch tatsächlich aus, dass sie (als Frau!) vom zwanghaften „Gegendere“ nicht vollends begeistert ist, was auch noch von einem Großteil ähnlich anerkannt wurde. Doch ein junger, männlicher(!) Verfechter fand diese (Frauen-)Meinung derart unerträglich, dass er lauthals verkünden musste, nicht länger unter einem

Dach mit so denkenden Menschen verbleiben zu können... (11/2012).

Leider ist dieses, in meinem Augen heuchlerisches Verhalten, derselben Person in der online-Ausgabe des aktuellen MiB wieder an der Tagesordnung (Seite 10).

Als nämlich am ersten Mai, am Stand der LINKEn, ein Transparent ohne stundenlanges debattieren, sondern durch beherztes Handeln entfernt wurde. Da wird dann plötzlich wieder die Demokratie eingefordert – immer alles den eigenen Interessen unterworfen bzw. angepasst.

Ein wenig Lebens- und Berufserfahrung, fernab halbwegs schützender Hochschulmauern, kann leider immer noch durch nichts ersetzt werden.

Wie gesagt, wir LINKEn sind ja die Guten und man hört aus allen Richtungen der Partei, man ist demokratisch, gegen Stalinismus und Betonköpferei... solange die anderen der eigenen Meinung sind, möchte man meinen.

Besser sollten wir uns alle etwas zurück und weniger wichtig nehmen, nicht zwanghaft für den Nabel der (linken) Welt ansehen und bitte, bitte diese unsägliche Haarspalterei ablegen.

Absolut unbestritten ist die Geschlechtergerechtigkeit ein hohes Gut, für die es zu kämpfen gilt, aber wie steht es dabei mit der oft in Vergessenheit geratenen Einheit von Wort und Tat? Leider sind die eher Stillen oftmals die, welche die Arbeit leisten, machen, wovon andere reden; Lautsprecher sind von eher selten produktiver Natur.

Die Frage an der Stelle ist, welches Interesse vom (Wahl-)Volk beispielsweise dem Thema Gender entgegengebracht wird, unter besonderer Berücksichtigung der Zeiten, in denen die Monate immer länger und die Geldbörsen einem eigenartigen Schwund zu unterliegen scheinen.

Ist es denn für uns alle wichtig, ob es in den DAX-Unternehmen eine bestimmte Frauenquote gibt?! Wer das bejaht, bejubelt sicher auch Deutschlands erste Kanzlerin: Die ist zwar von der CDU, eiskalt und so gar nicht sozial, aber egal, sie ist eine Frau!

Diese Scheindebatte wird aber zu gern benutzt, um von Themen noch größerer Tragweite abzulenken, um die Bevölkerung wieder zu spalten. Solange unsere Bevölkerung in Ost gegen West, Arm gegen „Mittelstand“, Junge gegen Alte, Gesunde gegen Kranke, Arbeitende gegen „Schmarotzer“ usw. gespalten wird, hat die Regierung resp. das System leichtes Spiel, den Abbau der Bürgerrechte weiter voranzutreiben.

Hier kommt DIE LINKE wieder ins Spiel, wenn sie die Signale des Volkes erhört! Und ernsthaft aufgreift.

Doch was sind denn die Themen, welche den Einwohnern dieses Landes mehrheitlich aus der Seele sprechen?

Auf den Punkt zugespitzt sind es soziale Gerechtigkeit und Frieden. Wobei soziale Gerechtigkeit hauptsächlich ein lebenswertes Leben, mit problemloser Teilhabe am gesellschaftlichen Teil, sichere, gute Renten, gute Bildung, offen für alle meint. Doch wie das umsetzen? Unter anderem durch die völlige Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze werden alle Einkommen für Sozialabgaben herangezogen, was in Kombination mit den bekannten, geforderten Besteuerungselementen eine Rente mit 65 ohne Abzüge bei deutlich steigenden Rentenbezügen ermöglicht.

Durch den Abbau der H4-Gesetzgebung und dem daraus resultierenden Wegfall des Lohn-Dumping-Sektors in Verbindung mit der dadurch auch entfallenden, permanenten staatlichen Alimentierung der Arbeitgeber, verfügt der Staat auch wieder über das Geld, dass für einen angemessenen Ausbau des Bildungssystems benötigt würde...

Mit unserem Einsatz für den Frieden und der konsequenten Ablehnung jedweder Kriegs-

abenteuer nicht nur aber besonders mit deutscher Beteiligung, sind wir ein verlässlicher Partner und eine Bank für alle friedliebenden Menschen im Land.

Dabei ist es doch fast wie im richtigen Leben: einfach nur miteinander reden, zuhören(!) und ruhig auch mal einen Schritt zurückgehen. Dann klappt's auch bei der Wahl.

Nein, 5000 Zeichen klingen viel, aber reichen leider bei Weitem nicht. Sollten diese hier weiterführende Gespräche oder Diskussionen anregen, wäre das Ziel nicht verfehlt.

R. Rothe

Crystal aus der Apotheke ?

Ein Plädoyer für eine linke, auf Legalisierung orientierte Drogenpolitik, auch in Bezug auf ruinöse Substanzen.

Seit circa einem Jahr kommt es gerade in Sachsen und Bayern zu einer starken Zunahme des Konsums von Metamphitamin (Crystal). Crystal ist eine hoch gesundheitsschädliche Droge mit massiver Suchtpotenz. Die Berichte über Nebenwirkungen sind dramatisch. So wird etwa berichtet, dass LangzeitkonsumentInnen aufgrund massiver Auszehrung die Zähne ausfallen und diese generell körperlich extrem abbauen würden. Außerdem wirkt sich der Konsum stark auf die Psyche der Konsumierenden aus.

Die Diskussion um den richtigen Umgang mit Drogen wie Crystal hat nun auch DIE LINKE erreicht. Es werden etwa Stimmen laut, die den auf Selbstbestimmung zielenden Grundgedanken akzeptanzorientierter Drogenpolitik in Frage stellen.

Dieser Beitrag soll Perspektiven und Konzepte einer freiheitlichen, akzeptanzorientierten Drogenpolitik, die auch Substanzen wie Crystal einschließen, aufzeigen.

Prinzipiell ist es hilfreich sich der Thematik aus zwei Perspektiven zu nähern. Zum einen aus der individuellen Perspektive von drogenkonsumierenden Menschen, zum anderen aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Bezogen auf die einzelnen BürgerInnen ist die geltende Rechtsprechung in Deutschland in diesem Bereich einzigartig und unverhältnismäßig. Es gibt keinen vergleichbaren Straftatbestand wie den des Drogenkonsums. Das Strafrecht, welches eigentlich immer als Ultima Ratio angewendet werden sollte, wird hier gegen Menschen gewendet, die durch den Konsum an sich niemandem Schaden zufügen. Die einzige Person, die vor einem Schaden geschützt werden kann, ist der/die KonsumentIn selbst.

Gesamtgesellschaftlich muss festgestellt werden, dass der Krieg gegen Drogen auf internationaler und nationaler Ebene gescheitert ist. Die DrogenkonsumentInnen werden mafiösen Strukturen überlassen, welche damit quasi subventioniert werden. Diese Strukturen interessieren sich nicht für Jugendschutz, VerbraucherInnenschutz oder überhaupt ethische Normen. Aus dieser individuellen auf den/die Konsumierende gerichteten und einer gesamtgesellschaftlichen Perspektiven sind nun verschiedene Schlüsse zu ziehen, die unter den Schlagworten Aufklärung, Gesundheitsschutz,

Therapie und Hilfe sowie Forderung nach Legalisierung abgehandelt werden können.

Aufklärung hat immer das Ziel, die Mündigkeit des/der Einzelnen zu fördern. Das ist bei Drogenaufklärung nicht anders. Daher ist es notwendig, realistisch und wahrheitsgemäß über die Folgen und Risiken von Drogenkonsum aufzuklären. Es ist festzuhalten, dass Drogenmündigkeit bedeutet, vor einer Konsumententscheidung, die Effekte des Rausches mit den gesundheitsschädlichen Folgen abwägen zu können. Dass dies zum Beispiel bei Crystal gerade sehr oft nicht der Fall ist, zeigen die Ausführungen von SozialarbeiterInnen, die über die naive und unaufgeklärte Herangehensweise ihrer Klientel berichten.

Wird zweitens vorausgesetzt, dass Drogenkonsum ein gesellschaftliches Phänomen ist, das schon immer existierte und durch Verbote nicht aus der Welt zu schaffen ist, sollte akzeptiert werden, dass Menschen auch Drogen konsumieren, wenn dies für sie stark gesundheitsschädlich ist. Aufklärung zur Drogenmündigkeit bedeutet hier, an die Einsicht der/des Einzelnen zu appellieren, die am wenigste schädliche Konsumform für sich zu wählen.

Es ist festzustellen, dass die gesundheitsschädliche Wirkung bei Crystal von der Substanz selbst, also Methamphetamin, ausgeht. Das ist bei anderen Substanzen so nicht unbedingt der Fall. Die Zusatzstoffe im Straßenheroin sind zum Beispiel für die Konsumierenden verheerender als der Konsum von reinem Heroin. Tatsächlich ist es der zielgerichtetste Gesundheitsschutz, durch die Aufklärung über gesundheitliche Folgeschäden, die UserInnen dazu zu bewegen, diese Substanz zu meiden. Ist dies von jenen nicht gewollt, bietet die Verbreitung von Informationen über risikoärmere Konsumformen (Safer Use) eine Möglichkeit, auf die Konsumierenden einzuwirken. (z. B. in der Form wie es das Leipziger Projekt Drug Scouts praktiziert: <http://www.drugscouts.de/de/lexikon/crystalmethamphetamin>). Auch die Etablierung von Drogenkonsumräumen ist eine gesundheitspolitische Maßnahme, die CrystalkonsumentInnen aus gesundheitlicher Sicht entgegenkommen würde.

Innerhalb der LINKEN ist es Konsens, sich für ein engmaschiges Netzwerk aus ambulanten und stationären Hilfeeinrichtungen einzusetzen. Dabei sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Wünsche und Vorstellungen der Konsumierenden in den Therapiekonzepten berücksichtigt werden. Ein Beispiel für solche, auf die Lebenssituation eingehenden Angebote, ist die Möglichkeit, ambulante Entgiftungen durchzuführen. Der/die PatientIn ist angehalten, täglich die Praxis des/der TherapeutIn aufzusuchen und wird dort medizinisch betreut und therapeutisch begleitet. Solche Angebote sind vor allem für Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, wie es insbesondere bei Crystalkonsumierenden oft der Fall ist, wichtig. Ein ambulantes Therapieangebot ermöglicht eine Behandlung ohne Jobverlust.

Grundsätzlich kann die Kultivierung des mündigen Drogenkonsums als politische Zielsetzung durch intelligente Steuerungsmechanismen bei Weitem harmonisierender auf die gesamtgesellschaftliche Situation einwirken als es der auf Repression abstellende Status Quo vermag. So wäre es zum Beispiel möglich, gesundheitsschädlichere Substanzen wie Crystal höher zu besteuern und die Beschaffung restriktiver zu gestalten, als gesundheitlich weniger schädliche Substanzen. Konkret hieße das Methamphetamin in oraler Applikationsform günstiger anzubieten als in intravenöser oder nasaler Applikationsform. So kann auf die Ausgestaltung negativer Konsummuster maßgeblich Einfluss genommen werden.

Ein weiteres Argument für die Freigabe von Drogen bezieht sich auf die hohen Kosten für den Krieg gegen Drogen. Für Repression wird neunmal so viel Geld ausgegeben wie für präventive Maßnahmen (Pfeiffer-Gerschel und Flöter 2009). Wenn diese Ressourcen zielführend im Sinne der

Konsumierenden eingesetzt werden, würden sich ungeahnte Gestaltungsmöglichkeiten ergeben. Die gegenwärtige drogenpolitische Ausrichtung in Deutschland ist in vielerlei Hinsicht inhuman und zementiert die unerträgliche Situation von drogengebrauchenden Menschen. Paradox ist, dass gerade die negativen Auswirkungen der Repression als Impulsgeber für weiteres repressives Vorgehen interpretiert werden. Der goldene Schuss auf dem Bahnhofsklo, den es unter anderen Umständen nicht geben würde, war oft genug die argumentative Hintergrundfolie für eine auf law and order zielende Drogenpolitik.

Ausgehend von einem auf die Einzelnen und die Gemeinschaft zielenden Fokus, sollten Aufklärung, Gesundheitsschutz, Hilfe und gerade auch die Forderung nach Legalisierung aller Drogen zum selbstverständlichen Repertoire der LINKEN gehören.

Dem Fatalismus der gegenwärtigen Situation, mit der Logik des illegalen Marktes auf der einen Seite und der maßgeblich auf Repression und Abstinenz zielende drogenpolitische Ausrichtung andererseits, sollte DIE LINKE die Zuversicht auf die prinzipiell emanzipative Gestaltbarkeit der Verhältnisse entgegensetzen.

Eine ausführliche Version des Artikels kann auf der Internetseite des Stadtbezirksverbandes Süd nachgelesen werden.

Ben Kretzschmar
Vorstand DIE LINKE Süd

Einberufung der 4. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Die 4. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE Leipzig wird für Samstag, den 19. Oktober 2013, 9:30 bis 16:00 Uhr einberufen.

Die Konferenz findet im Veranstaltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des 4. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
3. Referat des Vorsitzenden
4. Vorstellung des ersten Entwurfs des Kommunalwahlprogrammes 2014
5. Diskussion
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Finanzplan 2014
8. Anträge
9. Schlusswort

DIE LINKE. Leipzig
Stadtvorstand

Zum Beitrag „1.Mai - eine notwendige Nachlese“ von Dr. Dietmar Pellmann

„Freizeit und Kuchen!“

Für ein Recht auf Einkommen

Unser Stand am 1. Mai hat mindestens zwei Probleme offenbart. Natürlich ist erstens zu fragen, wer das Recht hat zu entscheiden, welches Transparent geistreich und witzig ist und also hängen darf oder nicht. Aber zweitens, und nur darum soll es in meinem Beitrag gehen: Was ist an der Forderung nach Freizeit und Kuchen falsch? Jahrhunderte lang galt es als richtig, dass wer nicht arbeitet, auch nicht essen sollte. Das Einkommen jedes Menschen rechtfertigte sich aus seiner Arbeit. Erwerbsarbeit wohlgerneht. Davon lebten die abhängig Beschäftigten schlecht bis leidlich, in der alten BRD zunehmend besser. Etwa Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts erfolgte ein Bruch. Zumindest in der sogenannten ersten Welt kam der Mehrbedarf an Mitteln des Lebens an eine Grenze. Die Wachstumsgrenze war erreicht. Zudem war der technologische Fortschritt enorm weit gediehen. Folge: Es braucht immer weniger Menschen, die herstellen, was wir brauchen. Viele verloren und verlieren ihre Arbeit, und damit ihr Einkommen. Auf diesen Mangel an Erwerbsarbeit hat herrschende Politik, etwa mit dem Think-Tank „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, reagiert und Arbeitsplätze zu einem unhinterfragbaren Wert an sich erklärt. Wenn heute irgendwo ein Unternehmen ankündigt, ein Werk hinzustellen, wird in den Nachrichten nicht gesagt, dass sie damit viel Geld verdienen wollen, nein. Sie schaffen Arbeitsplätze. Sie kommen also nicht als simple Geschäftstreibende daher, sondern als Wohltäter für die Gemeinschaft. Erinnert Ihr Euch, als BMW sich in Leipzig ansiedelte? Am Tag nach der Entscheidung erschien die LVZ mit BMW-Logo. Um zu zeigen: Leipzig sagt Danke!. Als wäre die Schaffung von Arbeitsplätzen ein altruistischer Akt. Deshalb müssen Investoren gelockt und gelobt, Werktätige aber zum Verzicht aufgerufen werden. Hieß es früher: „Alles Gute zum Geburtstag, und Hauptsache gesund“, so heute: „Hauptsache Arbeit“. Genau, als sie knapp wurde, ist es gelungen, „Arbeit“ als solche heilig zu sprechen. Wenn das so bleibt, hat der neoliberale Zeitgeist gewonnen. „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Na, danke!

Linke sollten dieser Hegemonie, die alle Menschen, egal ob sie arbeiten oder nicht, zum Anhängsel von „wirtschaftlichem Erfolg“ macht, eine Diskussion entgegensetzen, die ausgeht von der Frage: Was braucht der Mensch? Diese Diskussion gibt es, schon lange.

Der Kabarettist Werner Schneyder stellte sich 2007 auf dem Parteitag zur Gründung unserer Partei auf die Bühne und rief den Delegierten zu: „Die Forderung nach einem Recht auf Arbeit ist Blödsinn! Es ist nicht einzusehen, dass jemand am Bau der Arche mittut, wenn von vornherein klar ist, dass er nicht mitgenommen wird.“

Es geht nicht darum, sich verdingen zu müssen, sondern um einen gerechten Anteil am Reichtum der Gesellschaft für alle. Es geht um ein Recht auf Einkommen.

Diese Diskussion aufnehmend, haben einige Menschen am 1. Mai, der eben auch den Gewerkschaften als „Tag der Arbeit“ gilt, mit einem Transparent drauf hingewiesen, dass die Forderung nach „Brot und Arbeit“ falsch ist. Diese Forderung steht entweder mit beiden Beinen im 19. Jahrhundert, da hatte sie womöglich Berechtigung, oder bedient heute das Agitieren der Herrschenden. Wenn Gewerkschaften auf diesen Hinweis pikiert reagieren sollten, muss DIE LINKE, die eine politische Partei ist und damit verpflichtet zur politischen Willensbildung, zur Aufklärung beitragen. Der 1. Mai als Kampftag der

Werktätigen ist entstanden aus dem Kämpfen der US-amerikanischen Gewerkschaften um den 8-Stunden-Tag. Also um den Kampf um Arbeitszeitverkürzung, also um den Kampf für mehr Freizeit. Erwerbsarbeit stellt vieles von dem zur Verfügung, was Menschen zum Leben brauchen. Jedoch ist sie in aller Regel ein Muss, das auf ein Mindestmaß begrenzt gehört, weil der Mensch glücklich erst ist, wenn er tut, was er will. Der neoliberale Zeitgeist will uns etwas anderes einreden. Er reduziert das Menschsein auf die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt und den Arbeitsplatz zur anbetungswürdigen Ikone.

Diskussionen zu führen, die diesem Zeitgeist seine Geistlosigkeit vorführen, sind geistreich. Und wenn der Zeitgeist sich verweigert, darf auch gelacht werden.

Holger Weidauer

Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Rezeption des Fernseh-Beitrags „exakt“ am Mittwoch, dem 26. Juni 2013, war es mir, als interessierte Bürgerin Leipzigs, ein Bedürfnis, zum Thema „Gülen-Bewegung“ und „Sächsisches Bildungszentrum“ im Internet noch einmal zu recherchieren.

Das vorliegende Material zur Gülen-Gruppe gab mir die Möglichkeit des Verständnisses der Ziele und Tätigkeit dieser Gruppe, die ich im höchsten Grade erschreckend finde. Fazit der Beschäftigung für mich ist: Vor dieser Gruppe muss unbedingt gewarnt werden!

Umso verwunderter war ich, als ich im Zuge der Recherche zum o. g. Thema auf der web-site „bunte spd“ auf den Beitrag zum o. g. Thema stieß. Ich frage mich ernsthaft und besorgt, ob sich die Damen und Herren Unterzeichner tatsächlich mit dem Problem Gülen, seinen Ideen und Zielen auseinandergesetzt haben. Das Geschehen ist einfach peinlich, und ich finde durchaus, dass die Bildungseinrichtungen dazugehören. Mir drängen sich die Fragen auf, ob die SPD-Mitglieder auch unterschrieben hätten, wenn es sich um Scientology bzw. die NPD handeln würde?

Im Internet las ich, dass sich die Gülen-Anhänger gerne ausschweigen, dafür aber andere zu ihrem Schutze sprechen lassen. Trotz Anfrage des mdr gab es keine Äußerung vom Bildungszentrum in Leipzig oder dem Geschäftsführer.

Wie „wunderbar“, dass die SPD die Verteidigung übernahm!

Für mich stellt sich die Frage, ob die SPD in Leipzig überhaupt noch wählbar ist.

Vielleicht lohnt es sich für die Unterzeichner über den Spruch Carlo Schmid (Völkerrechtslehrer und Politiker der SPD) „Man muss auch den Mut zu Intoleranz gegenüber denen aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“ intensiv nachzudenken.

Damit dieses Schreiben nicht unbeachtet bleibt, versende ich es als offenen Brief.

Hannelore Stingl

Sprecherrat der AG Senioren neu gewählt

Die Mitglieder der AG Senioren des Stadtverbandes Leipzig haben am 06.06.2013 ihren Sprecherrat neu gewählt.

Ihm gehören an: Annegret Köhler, Maria Wendt, Monika Thiel, Udo Schwarz und Eva Firesch. Letztere ist 1. Sprecherin.

Genn. Gerda Uhlig, langjährige „Frontfrau“ der AG, kandidierte nicht wieder für den Sprecherrat. Für ihr nimmermüdes, engagiertes Wirken wurde ihr herzlich gedankt.

Die seit über 22 Jahren bestehende AG Senioren setzt ihre engagierte und vielseitige Arbeit selbstverständlich fort.

Unsere halbjährlichen Veranstaltungspläne, die Mitwirkung an Aktivitäten des Stadtverbandes und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dieser Stadt belegen unser Engagement in vielfältiger Form.

Jede Genossin und jeder Genosse, die das 60. Lebensjahr überschritten haben und gern aktiv sind, sind uns herzlich willkommen.

Eva Firesch

Nachwahl

Durch den Rücktritt von Alexander Fichtner als Mitglied des Stadtvorstandes wurde für den Stadtparteitag am 29. Juni 2013 eine Nachwahl notwendig.

Für den durch den Rücktritt freigewordenen Platz auf der gemischten Liste kandidierten Susanne Scheidereiter und Adam Bednarsky.

In der Nachwahl wurde mit 50 Stimmen Adam Bednarsky gegenüber Susanne Scheidereiter, die 24 Stimmen erhielt, zum neuen Mitglied im Stadtvorstand gewählt.

DIE LINKE. Leipzig

Stadtvorstand

Aktionswoche „100% sozial – 100% vor Ort“

Auf dem Bundesparteitag in Dresden vom 14. bis 16. Juni wurde unser Wahlprogramm für die Bundestagswahl im September verabschiedet. Wir stehen für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, wollen hier und in Europa Demokratie und Sozialstaat verteidigen, Nein zum Krieg sagen und gemeinsam das Land verändern.



Um unser Wahlprogramm den Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen, gab es deutschlandweit nach dem Bundesparteitag eine Aktionswoche unter dem Motto „100 % sozial – 100 % vor Ort“. Dabei stellte unser Stadtverband mit insgesamt neun Infoständen und Veranstaltungen die mit Abstand meisten Aktionen bundesweit. Ob in den Stadtbezirken Nord, Nordost, Nordwest, Süd, Südwest, Altwest oder Mitte – wir kamen mit vielen Menschen ins Gespräch. Schnell konnte man bemerken, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich über den Bundesparteitag informiert haben und positiv dem Wahlprogramm gegenüber stehen.



Den Schlusspunkt der Aktionswoche in Leipzig bildete das Kinderfest am 22. Juni auf dem Augustusplatz, wo sich Kinder auf der Hüpfburg und mit dem Spielmobil austoben konnten, oder sich die Eltern über unser Wahlprogramm bei kostenlosem Popcorn informieren konnten.

Als Wahlkampfleiter sehe ich diese Aktionswoche als eine gelungene Reihe von Veranstaltungen und Infoständen, um unser Wahlprogramm in die Öffentlichkeit zu bringen. Deshalb danke ich all denjenigen, die uns dabei tatkräftig unterstützt haben, allen voran unserem Feuerwehrmann Jürgen.

Ricky Burzlaff
Wahlkampfleiter

Endspurt beim Bürgerbegehren Privatisierungsbremse

Über 20.000 Unterschriften zusammen.

Seit Mai wird täglich auch auf den Straßen mit Infoständen für das Bürgerbegehren gesammelt. Es geht darum, die Privatisierung städtischen Eigentums in Zukunft erheblich zu erschweren.



Derzeit haben rund 20.000 Leipzigerinnen und Leipziger unterschrieben, - für einen Erfolg unserer Initiative sind jetzt noch mindestens weitere 5000 notwendig. Noch im Juli wollen wir dieses Ziel erreichen und die

Unterschriften dem Oberbürgermeister übergeben.

Die große Zahl von unterstützenden Bürgerinnen und Bürgern und die vielen positiven Reaktionen bestärken uns in unserem

Vorhaben, Beschlüsse zur Veräußerung kommunalen Eigentums zukünftig unter den Vorbehalt eines breiten Konsenses zu stellen. Die geplanten „Rückstellungen“ der Stadt Leipzig in Höhe von 100 Mio. Euro im Zusammenhang mit dem Wasserwerke-Skandal und den Cross-Border-Leasing-Verträgen lassen ahnen, dass wir diese Privatisierungsbremse noch brauchen werden. Kommunales Eigentum muss zusammengehalten werden! Jede Stimme zählt!



bestärken uns in unserem



**Mike Nagler Direktkandidat für
DIE LINKE. Leipzig im Wahlkreis Leipzig 2**

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse 3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik 3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft 1. Mittwoch, 18.00Uhr

AG Cuba si 2. Dienstag, 19:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken 4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur 1. Dienstag, 18.30 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen 3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

Lisa emanzipatorische Frauengruppe Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik 1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V. 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum 1. Donnerstag, 18:00 Uhr; 3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Literaturkabinett im Liebknecht- Haus letzter Mittwoch, 19:00 Uhr

Ökologische Plattform 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum 1. Dienstag, 18:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Conny Falken, Coppistraße 63

Rentenberatung nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxx-net befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

globaLE – Filmfestival startet, fast 4 Monate wöchentlich globalisierungskritisches Kino in Leipzig



Vom 18. Juli bis zum 31. Oktober findet jeweils donnerstags globalisierungskritisches Kino in Leipzig statt. Die globaLE ist ein politisches Filmfestival, welches Film als Medium nutzt, um die globalen Auswirkungen des Neoliberalismus zu dokumentieren.

Sie zeigt aber auch den Widerstand gegen Ausbeutung und Ausgrenzung und wie Menschen ihren Mut, ihre Würde und ihre Hoffnung nicht verlieren. Es wird interessante Filme über die Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung und die Widerstände dagegen geben. Im Anschluss gibt es spannende Diskussionen mit FilmemacherInnen und AktivistInnen. Der Eintritt ist frei!

Die nächsten Filme, jeweils donnerstags 20 Uhr: 18.07. Almanya – Willkommen in Deutschland (2011), Ort: Schillerplatz in Wahren

25.07. Das Ding am Deich (2012), Ort: Gemeinschaftsgarten Querbeet, Hermann-Liebmann-Straße 17-19 Uhr

01.08. Fremd (2011), Ort: Clara-Zetkin-Park, Wiese zwischen Glashaus und Teich

08.08. Das Venedig-Prinzip (2012), Ort: Clara-Zetkin-Park, Wiese zwischen Glashaus und Teich

www.globale-leipzig.de

LITERATUR UNTERM DACH

Mittwoch, 31. Juli 2013 um 19:00 Uhr im Karl-Liebknecht Haus

SCHWARZENBERG – Stefan Heym

Zum vorerst letzten Mal wird Franz Sodann im Karl Liebknecht Haus in der Braustraße lesen.

Anlässlich des diesjährigen 100-sten Geburtstages von Stefan Heym hat er ein Sujet aus dem Roman Schwarzenberg zusammengestellt.

1945: Der Krieg ist zu Ende, und die Siegermächte machen sich an eine Neuordnung Deutschlands. Doch ein kleines Fleckchen Erde in der kargen Erzgebirgslandschaft, Schwarzenberg, wird dabei einfach vergessen. Die Menschen von Schwarzenberg nutzen die Chance, ihre Zukunft selbst zu gestalten, und so entsteht aus den Trümmern des Dritten Reiches eine kleine freie deutsche Republik.

Heyms fesselnder Roman ist ein Spiel mit erfundenen Figuren auf einem realen Territorium, eine Utopie, die beinahe Wirklichkeit geworden wäre.

Der Eintritt ist wie immer frei.

Nachtrag

Für das Juni – Mitteilungsblatt wollte die AG Lisa eine Fotostrecke über ihre Arbeit veröffentlicht haben. Trotz meines per Mail geäußerten Einwandes, dass das Mitteilungsblatt aufgrund der technischen Voraussetzungen für eine Fotostrecke ungeeignet sei, und der Beitrag mit Sicherheit schlecht aussehen würde, wollte man seitens der AG Lisa die Veröffentlichung der Fotostrecke.

Das Einfügen der von Gerd Eiltzer gelieferten Bilder gestaltete sich dann auch als äußerst problematisch. Bei der Platzierung der Fotos in Originalgröße im Mitteilungsblatt hätten die Bilder sehr viel Platz verbraucht. Bei einer Verkleinerung der Aufnahmen unter Beibehaltung der Höhe-Breite-Proportion wären die Fotos –unter Berücksichtigung eines angemessenen Platzverbrauches im Blatt- so klein geworden, dass Details nicht mehr sichtbar gewesen wären.

Ein weiteres Problem war der dabei entstehende Leerraum zwischen den Fotos, die ja frei schwebend, heißt ohne Text zwischen den Fotos, montiert werden sollten. Eine Montage der Aufnahmen unter Beibehaltung der Höhe-Breite-Proportion warf also zwei Probleme auf: Erstens, die Bilder waren entweder zu groß, so dass der Beitrag der AG Lisa unvermeidbar viel Platz des Blattes verbrauchte oder so klein, dass Details nicht mehr erkennbar waren. Zweitens, zwischen den Fotos entstand viel leerer Raum.

Ich hatte mich aufgrund dieser Problematik dann dazu entschlossen, die Bilder zu verkleinern, ohne die Proportionen beizubehalten. Nur so war eine halbwegs vertretbare Lösung des oben genannten Problems möglich. Leider wurden die Fotos dadurch leicht verzerrt wiedergegeben. Diese verzerrte Wiedergabe liegt also nicht an den von Gerd Eiltzer gelieferten Fotos, sondern sind dem Versuch geschuldet, bei der Montage der Bilder die Quadratur des Kreises hinzubekommen.

Naomi-Pia Witte

Kommunalwahlprogramm

die Diskussion zum Kommunalwahlprogramm 2014 beginnt am 23. Juli 2013 ab 17.00 Uhr mit einem Grillfest im Hof des Liebknechthauses. Dazu lädt die Redaktionsgruppe Kommunalwahlprogramm alle Genossinnen und Genossen recht herzlich ein.

Gysi kommt!

Die bundesweite Wahlkampfauftaktveranstaltung der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl findet am 28. August ab 15.00 Uhr auf dem Marktplatz in Leipzig statt.

Neben dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Gregor Gysi werden auch die zwei Direktkandidaten aus Leipzig, Dr. Barbara Höll und Mike Nagler sowie weitere Kandidaten der Partei DIE LINKE auf dem Leipziger Marktplatz präsent sein.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Dr. Christina Mertha
Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.)
Simon Zeise

Gestaltung: Naomi-Pia Witte

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 8/2013 ist Montag, 05. August 2013.

Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion.

Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.